

Kleine Anfrage

der Abgeordneten Uwe Barth, Patrick Meinhardt, Cornelia Pieper, Jens Ackermann, Dr. Karl Addicks, Christian Ahrendt, Daniel Bahr (Münster), Rainer Brüderle, Patrick Döring, Mechthild Dyckmans, Jörg van Essen, Otto Fricke, Paul K. Friedhoff, Horst Friedrich (Bayreuth), Hans-Michael Goldmann, Miriam Gruß, Joachim Günther (Plauen), Heinz-Peter Hausteil, Elke Hoff, Dr. Werner Hoyer, Hellmut Königshaus, Dr. Heinrich L. Kolb, Gudrun Kopp, Jürgen Koppelin, Heinz Lanfermann, Ina Lenke, Markus Löning, Horst Meierhofer, Jan Mücke, Burkhardt Müller-Sönksen, Dirk Niebel, Hans-Joachim Otto (Frankfurt), Detlef Parr, Gisela Piltz, Jörg Rohde, Frank Schäffler, Marina Schuster, Dr. Max Stadler, Dr. Rainer Stinner, Carl-Ludwig Thiele, Florian Toncar, Christoph Waitz, Dr. Claudia Winterstein, Dr. Volker Wissing, Hartfrid Wolff (Rems-Murr), Dr. Guido Westerwelle und der Fraktion der FDP

Defizite ökonomischer Bildung an allgemeinbildenden Schulen

Die Auseinandersetzung mit Fragen des wirtschaftlichen Handelns und des Marktgeschehens sowie der Erwerb eines Basiswissens über grundlegende ökonomische Sachverhalte, Prozesse und Zusammenhänge ist Voraussetzung für die Entwicklung zur mündigen Bürgerin oder zum mündigen Bürger. Die wirtschaftliche Tätigkeit stellt eine Konstante im sozialen Leben aller Gesellschaftsformen dar und sichert dem Individuum und der Gemeinschaft gleichermaßen die Existenz. Gerade deswegen ist eine rationale, systematische und sachlich korrekte Auseinandersetzung mit dieser Materie an allgemeinbildenden Schulen unerlässlich. Hier müssen Kinder und Jugendliche mit Kenntnissen, Fähigkeiten und Fertigkeiten ausgestattet werden, die sie dazu befähigen, sich mit den ökonomischen Bedingungen ihrer Existenz und deren sozialen, politischen und rechtlichen Dimensionen auf privater, betrieblicher und volkswirtschaftlich-globaler Ebene auseinanderzusetzen.

Obwohl Aspekte der ökonomischen Bildung zunehmend in den Schulunterricht integriert werden und die gesellschaftliche Akzeptanz ökonomischen Basiswissens als Teil des Allgemeinwissen unbestritten ist, dokumentiert eine vom Bundesverband deutscher Banken in Auftrag gegebene Studie weiterhin Defizite bei der Vermittlung von wirtschaftlichen Kompetenzen (vgl.: „Konzeption für die Ökonomische Bildung als Allgemeinbildung von der Primarstufe bis zur Sekundarstufe II“, Institut für Ökonomische Bildung, Mai 2008). Neben der Förderung einer systematischen Vermittlung ökonomischen Wissens und der curricularen Verankerung ökonomischer Bildung ist besonders die Qualifikation der Lehrerinnen und Lehrer auf diesem Gebiet durch Maßnahmen der Lehreraus- und -weiterbildung geboten.

Doch auch die Behandlung von ökonomischen Fragen in deutschen Schulbüchern wirft Fragen auf. Die Darstellung und Auseinandersetzung mit Fragen der Ökonomie ist teilweise durch antikapitalistische Rhetorik, ideologisierte Partei-

politik und einen unverfrorenen Anti-Kapitalismus gekennzeichnet. Es wird teilweise suggeriert, Freihandel und globaler Wettbewerb seien grundsätzlich problembehaftet und müssten durch staatliches Eingreifen „korrigiert“ werden.

Wir fragen die Bundesregierung:

1. Wie haben sich nach Kenntnis der Bundesregierung in den letzten fünf Jahren die verfügbaren Geldzuweisungen pro Monat (zum Beispiel Taschengeld), das Sparverhalten und die Verschuldungsneigung an beziehungsweise von Kindern und Jugendlichen bis 18 Jahren entwickelt?
2. Wie schätzt die Bundesregierung das Niveau ökonomischen Wissens und der wirtschaftlichen Basiskompetenzen unter Schülerinnen und Schülern ein?
Wie unterscheidet sich dieses, je nach Alter und besuchter Schulform?
3. Auf welcher Grundlage beruht diese Einschätzung?
4. Inwiefern betrachtet die Bundesregierung den diagnostizierten Wissensstand als ausreichend?
5. Welche Maßnahmen hat die Bundesregierung getroffen oder plant die Bundesregierung, um die Vermittlung ökonomischen Wissens und das Erlangen von wirtschaftlichen Kompetenzen zu fördern?
6. Welche aktuellen Maßnahmen werden derzeit nach Kenntnis der Bundesregierung seitens der Bundesländer getroffen oder sind geplant, um die Vermittlung ökonomischen Wissens und das Erlangen von wirtschaftlichen Basiskompetenzen zu fördern?
7. Welche Bundesländer haben nach Kenntnis der Bundesregierung die ökonomische Bildung in den Curricula der allgemeinbildenden Schulen verankert?
Hält die Bundesregierung diesen Schritt für wünschenswert?
8. Inwiefern fließen Inhalte ökonomischer Bildung bei der Konzeption bundesweiter Bildungsstandards ein?
9. Wie beurteilt die Bundesregierung die Thematisierung und Darstellung ökonomischer Sachverhalte und Zusammenhänge in deutschen Schulbüchern?
10. Welche Bedeutung misst die Bundesregierung in Schulbüchern vertretene Thesen wie z. B. „Wirtschaftswachstum bedeutet aber meist auch [...] in zunehmendem Maße Arbeitslosigkeit“ (Terra Erdkunde 10, S. 87, Klett-Perthes 1996) oder „Der Staat muss notleidenden Unternehmen helfen“ (Strukturpolitik) (Politik & Co, S. 140, C.C Buchners 2007) bei?
11. Wie beurteilt die Bundesregierung die Bedeutung derartiger Aussagen, gerade wenn sie im Kontext des schulischen Unterrichts und damit in einen vermeintlich weltanschaulich neutralen Rahmen fallen?
12. Welche Bedeutung und Relevanz misst die Bundesregierung der Untersuchung und dem Vergleich deutscher, französischer und US-amerikanischer Schulbücher (vgl.: „Von Raffgier und Ausbeutung“, Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung, 20. Januar 2008) bei, und wie bewertet sie die Analyse des Instituts der Deutschen Wirtschaft (IW), welches auf Defizite in der Darstellung wirtschaftsrelevanter Themen gerade im Hinblick auf die Perspektive beruflicher Selbständigkeit und des Unternehmertums hinweist?
13. Teilt die Bundesregierung die Auffassung, dass der Vorwurf der unausgewogenen Darstellung allgemeiner Themen der Wirtschafts- und Arbeits-

welt einerseits und andererseits der Funktionsweise von Unternehmen und der Perspektive unternehmerischer Selbständigkeit berechtigt ist?

Mit welcher Konsequenz?

14. Inwiefern kann eine derart falsche, verzerrte oder unterkomplexe Darstellung wirtschaftlicher Sachverhalte und Zusammenhänge dazu führen, den Meinungsbildungsprozess junger Menschen negativ zu beeinflussen?
15. Geht die Bundesregierung davon aus, dass Lehrerinnen und Lehrer, die sich im Rahmen des Unterrichts zwangsläufig mit diesen Darstellungen befassen mussten, Schülerinnen und Schüler auf die Schwachstellen im Text hingewiesen haben?

Worauf beruht diese Annahme?

16. Inwiefern haben Bund und Länder sich um eine ausgewogenere Darstellung ökonomischer Sachverhalte bemüht, und wie haben Schulbuchverlage auf die Beschwerden reagiert?

Wurden die kritisierten Texte überarbeitet?

Berlin, den 18. Juni 2008

Dr. Guido Westerwelle und Fraktion

